

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Kerschmann Dresden
Verlagsnummer: 25841
Kurs der Reichspost: Nr. 20011
Schiffvermittlung u. Frachtkontrollstelle:
Dresden - K. L. Wartenstraße 28/29

Druckpreis: vom 1. bis 15. Februar 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung post frei 1.70 RM.
Vollständigpreis: ab 1. März 1930 2.40 RM. einchl. 25 Wg. Postgebühr (ohne Postverteilungsgeld).
Einzelnummern 10 Wg., außerorts 20 Wg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Schriftmaß berechnet: die einseitige 20 mm breite Seite 25 Wg., für auswärts 40 Wg. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg., außerorts 25 Wg., die 20 mm breite Reklamezeile
200 Wg., außerorts 250 Wg. Effizientengebühr 50 Wg. Nachträgliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Kerschmann & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden
Nachdruck nur mit druckl. Genehmigung
(Dresden, Nachr. 20011) Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Großer Schlag der Berliner Polizei

Die Zentrale der „antifaschistischen jungen Garde“ ausgehoben

Aumfangreiches Belastungsmaterial gefunden

Berlin, 13. Febr. (Eig. Drahtmeldung.) Der Polizeipräsident von Berlin hat heute die antifaschistische kommunistische Organisation aufgelöst, weil sie als eine verbotene Fortleitung des aufgelösten Rotfrontkämpferbundes zu betrachten ist. Nach langen und geheimen Beratungen hat die politische Polizei heute zu einem großen Schlage gegen die sogenannten antifaschistischen Organisationen der Kommunisten ausgehoben und, soweit sich bisher feststellen läßt, mit dieser Aktion einen durchschlagenden Erfolg erzielt.

Der Hauptschlag richtete sich gegen das Büro der sogenannten antifaschistischen jungen Garde in der Münzstraße, wo alle Häden der im Reich weitverbreiteten antifaschistischen Organisationen zusammenliefen.

Die Antifaschisten hatten vor einigen Monaten im Hause Münzstraße 22 zwei Zimmer gemietet, in denen sie die Zentrale ihrer Organisation einrichteten. Sie hatten umfangreiche Kartellen und führten einen sehr regen Briefwechsel nach allen Teilen Deutschlands wie auch nach dem Auslande.

Die politische Polizei beobachtete ihr Tun schon seit geraumer Zeit. Es war ihr nämlich klar geworden, daß die sogenannten antifaschistischen Organisationen, die von der R.F.D. nach der Auflösung des Rotfrontkämpferbundes ins Leben gerufen wurden, in Wirklichkeit nur eine Fortsetzung der verbotenen Organisationen darstellten. Es kam auch der Verdacht auf, daß in der Münzstraße landesverräterische Pläne geschmiedet werden.

Im Laufe der weiteren geheimen Beobachtungen hat sich dieser Verdacht immer mehr verstärkt. Soweit bisher ermittelt

wurde, haben im Büro der antifaschistischen jungen Garde auch polizeilich gesuchte politische Verbrecher, die sich unter falschem Namen in Berlin aufgehalten haben, verkehrt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß man durch die heute angelegte Aktion auch einer geheimen kommunistischen Fallschirmschützenzentrale auf die Spur kommt, die zahlreichen kommunistischen Verbrechern die Flucht ins Ausland ermöglicht hat. Weitere kommunistische Geheimbüros, auf deren Spur man durch das beschlagnahmte Material gekommen ist, sollen noch durchsucht werden. Im Zusammenhange mit der Aktion wurde auch sofort eine

verschärfte Kontrolle der Grenzen

in die Wege geleitet. Die heutige Aktion der politischen Polizei war seit Tagen genau vorbereitet worden. Heute vormittag begaben sich zahlreiche Kriminalbeamte in Person- und Autos nach der Münzstraße und drangen überraschend in das Büro ein, in dem vier Angestellte angegriffen wurden. Das gesamte in der Zentrale befindliche Aktenmaterial wurde beschlagnahmt und nach dem Polizeipräsidenten gebracht. Schon nach flüchtiger Sichtung der Papiere stellte sich heraus, daß es

gelungen war, die Zentralstelle der Kommunisten zu fassen.

In der die meisten politischen Verbrecher der letzten Zeit vorbereitet wurden. Auf Grund des beschlagnahmten Adressenmaterials wurden anschließend die Wohnungen führender Mitglieder der Organisation, Versammlungsorte in verschiedenen Teilen der Stadt und vier Filialbüros gleichfalls durchsucht und versiegelt. Auch an diesen Stellen wurde umfangreiches Schriftmaterial vorgefunden und beschlagnahmt.

In der Kampfpause

Zwei Tage allgemeiner Debatte haben dem Reichstag genügt, um seine Stellungnahme zu den Younggelehen festzulegen, die für sechs Jahrzehnte Deutschlands Schicksal bedeuten. Die jetzt folgende Spezialberatung im Ausschuss ist ja nur Formsache, ebenso wie das parlamentarische Nachspiel der zweiten und dritten Lesung, weil das ganze Gesetzeswerk, so wie es aus den Haager Verhandlungen hervorgegangen ist, auch nicht in Einzelheiten abgeändert, sondern nur im Bloß angenommen oder abgelehnt werden kann. Nur eine schwache Möglichkeit besteht noch, wenn sich im Ausschuss eine Mehrheit dafür zusammenfindet; daß nämlich das Polenabkommen gegen den Willen der Regierung aus seiner Verbindung mit dem Youngplan gelöst und für sich abgelehnt wird, so daß wenigstens zur späteren Lösung des Ostproblems die Bahn frei bleibt. Für die neue Tributregelung selbst aber hat sich bereits in der ersten Aussprache eine kompakte Mehrheit von rund 300 Stimmen von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei gefunden, die zur Annahme bereit ist.

Das ist das grundlegende Ergebnis der zweitägigen Redeschlacht. Darüber hinaus hat sie gezeigt, daß dieser Reichstag gar nicht mehr gewillt ist, ernsthaft über die Bedeutung dessen nachzudenken, was er beschließt. Vor einer Abwägung der Vorteile und der Nachteile des Youngplans, vor einer Gewissensprüfung schreckt er zurück. Nur möglichst schnell, mit geschlossenen Augen, die bittere Pille hinunterschlucken! Was dann kommen wird, werden wir noch früh genug erfahren. Das war ungefähr der leitende Gedanke. Ein geheimes Grauen lauerte hinter den Reden der Youngplanverteidiger, aber es fand keinen Ausdruck in den Worten. Nur Lobgesang entfloß ihrem Munde, nur die Vorzüge des neuen Planes wurden herausgestellt und zweckentsprechend übertrieben. Ueber die Schwierigkeiten, über die Sanktionsfälle besonders, glitt man in elegantem Bogen hinweg. Von der Unerfüllbarkeit, die niemand bestreitet, kein Wort. Die letzte Gelegenheit, dem Ausland von Regierungssseite die Schwere der Opfer zu zeigen, die wir, und wir allein, bringen, blieb ungenutzt. Es war dieselbe Leier der Tributverherrlichung wie beim Kampf gegen Volksbegehren und Volkswirtschaft, es waren dieselben Methoden, obwohl sie der Außenminister im gleichen Atemzuge preisgeben mußte mit den bezeichnenden Worten: „Wenn wir darin vielleicht über das zulässige Maß hinausgegangen sind...“ Behäbig breit gibt die Presse der Gläubigerländer die Youngpläne aus dem Reichstag wieder und glaubt allmählich selbst daran, daß uns im Haag etwas geschenkt worden ist.

Nur in den Reden des Zentrumsministers Dr. Wirth und der Zentrumsparteiredner klang so etwas wie Kritik durch. Sogar einige schwache Vorbehalte konnte man aus ihren Ausführungen herausgehören. Aber ach, wie matt, wie unfallsbereit waren diese Reserven, wie gedämpft nach den schmetternden Fanfarenstößen vom „christlichen Reim“ und von der unerlässlichen Vorbedingung der Saarbeimkehr des Non-ignore-Kaas. Nur noch ein paar Wenn und Aber sind übrig geblieben gegenüber dem Polenvertrag, und ein wehmütiger Abschiedsgruß an das Saarland: „Behüt dich Gott, es wär' so schön gewesen...“ Allen Respekt vor den Notwendigkeiten parlamentarischer Taktik! Man kann verstehen, daß eine Partei zuweilen auftrumpfen muß, um sich im weiteren Verlauf der Aktion auf eine mittlere Ebene zurückziehen zu können. Aber diese Manöver des Zentrums sind keine Züge der Taktik mehr, sondern glatter Umfall. Dabei nicht verschwiegen werden soll, daß man auch von den anderen Regierungsparteien, die immer geradewegs auf den Youngplan als das angeblich „kleinere Übel“ zugesteuert sind, in diesen schicksalhaften Tagen eine andere Haltung erwarten durfte. Sie hätten sich nichts von ihrer Würde vergeben, wenn sie mit mehr Nachdenklichkeit die Schwere der Entscheidung betont und wenn sie den Argumenten der Youngplangeegner Berechtigung widersprechen lassen hätten.

Wie wenig aber dieser Kampf um Deutschlands Zukunft nach wirklich nationalen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt und wie ausschließlich die Entscheidung nach partei-

Das Ende des Privatkapitals in Sowjetrußland

Moskau, 13. Febr. Stalin hat in einer Rede in der kommunistischen Universität erklärt, die letzte Stunde des Privatkapitals habe in der Sowjetunion geschlagen. Die Privataufsteige würden vollständig verschwinden und keine Rolle mehr im wirtschaftlichen Leben der Sowjetunion spielen. Stalins Rede wird als eine neue Kampfansage gegen die Privatunternehmungen bezeichnet, die bisher ihre Fortien in der Sowjetunion noch nicht geschlossen haben.

Großbritannien gegen die Religionsverfolgungen in Rußland

London, 13. Februar. Im Verlauf der Oberhausdebatte über die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Großbritannien und Rußland erhob der Erzbischof von Canterbury Protest gegen die Religionsverfolgungen in der Sowjetunion und erklärte, er sei gewarnt, falls die Verfolgungen nicht eingestellt werden, die Aufmerksamkeit des Landes wieder auf diese Frage zu lenken. Lord Parmoor, der im Namen der Regierung antwortete, betonte die Schwierigkeiten und die Gefahren einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands und die Schwierigkeit, sich authentische Informationen zu verschaffen, versicherte aber, daß Staatssekretär Henderson sein mögliches Tun würde, um diese Schwierigkeiten zu mildern. In ähnlichem Sinn äußerte sich auch Henderson selbst im Unterhaus.

Explosionsunglück in Rostow

28 Tote durch einen Sabotageakt

Rostow, 13. Febr. In der Staatlichen Mühle in Rostow am Don ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. In Rostow wird amtlich mitgeteilt, daß 28 Todesopfer zu beklagen sind. Außerdem wurden sechzehn Arbeiter schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks ist angeblich auf einen Sabotageakt zurückzuführen. Die D.S.P. hat in Rostow sechs Arbeiter und einen Ingenieur verhaftet.

Der Fall Böh vor den Stadtverordneten

Berlin, 13. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung nahm nach Beratung der Pensionsangelegenheit Böh unter Ablehnung aller anderen Anträge einen deutschnationalen Antrag an, das Disziplinarverfahren gegen Böh rückwärts und schnell durchzuführen mit dem Zwecke der Amtsenthebung ohne Ruhezeld. Für den Antrag stimmten die Reichsparteien und die Kommunisten.

Einäscherung der Leiche Dr. Levis. Gestern nachmittag fand im Krematorium zu Wilmerdorf die feierliche Einäscherung der Leiche des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Rechtsanwalts Dr. Paul Levi statt.

Neuregelung des Mietwesens

Ein Gesetzentwurf der Deutschen Volkspartei

Berlin, 13. Febr. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat zur bevorstehenden Mieterrechtsdebatte im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Regelung des Mietwesens eingebracht, der sämtliche jetzt bestehenden Mieterrechtsgesetze ersetzen soll. Der erste Abschnitt des Gesetzentwurfs behandelt die Höhe der Miete. Die gesetzliche Miete soll auf der Grundlage einer Friedensgrundmiete berechnet werden. Zu dieser Friedensgrundmiete treten Zuschläge in Hundertsätzen für die laufenden Instandhaltungskosten, sowie für die Kosten für große Instandsetzungen. Die gesetzlich festgelegten Zinsfestsetzungen und die Betriebskosten sollen ferner in ihrer vollen Höhe auf die Mieter umgelegt werden. Ausgenommen von dieser Regelung sollen Mietverträge bleiben, die schriftlich als freie Verträge vereinbart sind über ein bestehendes Mietverhältnis neu abgeschlossen werden, ferner Verträge über Familien- und Mehrfamilienwohnungen, über gewerbliche Räume, Untervermietungen und Neubauten. Der zweite Abschnitt behandelt den Mieterschutz. Für Streitigkeiten wird ein Mieterschiedsgericht gebildet. In einem

anderen Kapitel werden Bucherbestimmungen geschaffen, wonach die Forderung zu hoher Mieten oder unangemessener Abstandssummen bestraft wird. Das neue Gesetz soll zunächst bis Ende Dezember 1932 befristet sein.

Das bairische Wahlgesetz verfassungswidrig

Das Urteil des Münchner Staatsgerichtshofes
München, 13. Febr. Der bairische Staatsgerichtshof hat nach eingehenden Beratungen in der Frage der Verfassungsmäßigkeit des bairischen Landeswahlgesetzes folgende Entscheidung ergehen lassen:
Die Artikel 42 und 58 des bairischen Landeswahlgesetzes in der Fassung vom 30. März 1928 verstößen gegen die Reichsverfassung.

Die vom Verfassungsgerichtshof beanstandeten Artikel des Wahlgesetzes betreffen die Bestellung der 15 Landtagsabgeordneten, die bekanntlich nach dem Gesamtsystem in Verhältnis von den Vertrauensmännern der einzelnen Parteien bestimmt werden. Der Landtag hat nunmehr auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Wahlprüfung vorzunehmen. Er wird auch nicht umhin können, das Landeswahlgesetz entsprechend der Entscheidung des Staatsgerichtshofes abzuändern.

Heute: **D.N.** - Kraftfahrer
Seite 17, 18